

Kontakt

REDAKTIONS-HOTLINE

033 225 15 77

(nur für aktuelle Ereignisse)

• **BERNER OBERLÄNDER:**

Bahnhofstrasse 20
3800 Interlaken
033 828 80 40
• **E-MAIL:**
redaktion-bo@bom.ch
leserbriefe-bo@bom.ch

• **MMS UND SMS:**

4488

• **ABONNEMENTE +
FERIENUMLEITUNG:**

0844 038 038

• **ANZEIGEN**

033 225 15 15

IMPRESSUM

Herausgeberin

Berner Oberland Medien AG BOM
VR-Präsident: Dr. Peter Maurer

REDAKTION

Chefredaktor: Stefan Geissbühler/sgt.
Alex Karlen/aka (Stellv. Chefredaktor).

Redaktion Berner Oberländer

Postadresse:
Bahnhofstrasse 20, 3800 Interlaken.
Telefon: 033 828 80 40.
Fax: 033 828 80 49
Internet: www.berneroberlaender.ch.
E-Mail: redaktion-bo@bom.ch,
leserbriefe-bo@bom.ch,
sekretariat-bo@bom.ch

VERLAG

Geschäftsleitung:
Konrad Maurer, Delegierter VR (Vorsitz),
Peter Jost (publizistischer Leiter).

Adresse: Rampenstrasse 1, 3602 Thun.

Inserate

Andreas Nussbaum, Paul Stucki.
Adresse: Rampenstr. 1, 3602 Thun.
Tel. Inserate: 033 225 15 15, E-Mail:
inserate.oberland@espacemedia.ch.
Abonnemente
Tel. +41 844 038 038 (Lokaltarif Festnetz).
Fax +41 844 031 031 (Lokaltarif Festnetz).
E-Mail: abo@berneroberlaender.ch.
Abonnementspreise
12 Monate Fr. 462.00; 6 Monate Fr. 254.00;
Studenten- und Ausbildungsrabatt: 30%.
Bitte Kopie Ausweis mitschicken. Die Preise verstehen sich inkl. 2,5% Mehrwertsteuer.

Umleitungen und Unterbrüche Fr. 7.00
Bearbeitungsgebühr, kostenlos auf
www.berneroberlaender.ch/abo.
Unterbrüche werden ab dem 1. Tag
vergütet.

Einzelnummer: Montag bis Freitag Fr. 3.90
Samstag Fr. 4.50 (inkl. 2,5% MWST).

Internet: www.berneroberlaender.ch.

Auflage

Gesamtauflage BZ Berner Zeitung:
Verbreitete Auflage 146'152, davon
verkaufte Auflage 141'880 Exemplare
(WEMF/SW-beglaubigt).

Der Inserent erklärt sich damit einverstanden,
dass die Berner Zeitung BZ die Inserate auf
Onlinedienste einspeisen kann. Der Inserent ist
ferner damit einverstanden, dass die Inserate, die
vom Verlag abgedruckt, auf Onlinedienste eingespeisen,
für Dritte nicht frei verfügbar sind. Der
Inserent überträgt dem Verlag das Recht, jede
irgendwie geartete Verwendung dieser Inserate
mit den geeigneten Mitteln zu untersagen.

Ein Mitglied
des



Absteller

Das richtige Licht
einschalten

Worüber ich mich schon lange ärgere, sind Autofahrerinnen und -fahrer, die bei schlechtem Wetter wie Nebel, Regen, oder Schneetreiben und beim Einmischen mit Tagesfahrlicht unterwegs sind. Es gibt Autotypen, bei denen brennen bei eingeschaltetem Tagesfahrlicht keine Rücklichter, und dies ist wahrscheinlich den meisten Autofahrern, die so herumfahren, gar nicht bewusst. Kommt noch dazu: Bei schlechtem Wetter ist Tagesfahrlicht verboten, und es muss mit Abblendlicht gefahren werden.

Aber eben, es wird ja gar nicht kontrolliert. Ich habe noch nie gesehen, dass die Polizei Lichtkontrollen durchführt.

Es wird heutzutage zu viel darauf geachtet, möglichst ökologisch und Benzin sparend zu fahren. Mit dieser Fahrweise verhindert man keine Unfälle, aber mit richtig eingeschaltetem Licht schon. *Beat Schaller, Reutigen*

Leserbild: Rastplatz mit Meerblick



Hier heisst es für Skibegeisterte Endstation. Der steile Abhang auf dem Elshorn ist doch etwas gar gefährlich zum Runterflitzen. Dafür punktet der Rastplatz mit atemberaubender Aussicht. Wärs ein Hotel, würde man von einem Zimmer mit Meerblick sprechen – wenn auch nur aufs Nebelmeer.

Martin Wenger, Frutigen



Schicken Sie uns Ihre Fotos an redaktion@bernerzeitung.ch oder per MMS an 4488. In der Zeitung publizierte Bilder werden mit 50 Franken honoriert.

Unter dem Titel «Job-Angst in der Schweiz», liebe Leserinnen und Leser, griff der «Blick» Anfang Februar Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann an – als ob er die Jobs gestrichen hätte! Dass die CS-Bank an ihren Abbauplänen von 4000 Stellen streicht, auch Altstom 1300 Jobs abbauen will und im Tessin bei Armani 130 Stellen in Gefahr sind – diese Ankündigungen erfreuen niemanden in diesem Land! Ganz sicher auch Bundesrat Johann Schneider-Ammann nicht! Dem Bundespräsidenten aber vorzuwerfen, er verwalte nur und habe zu viel Verständnis für die Wirtschaft, greift viel zu kurz.

Was ist denn Wirtschaft? Es sind doch, ganz einfach ausgedrückt, Arbeitgeber, die versuchen, Arbeit zu wirtschaftlich optimalen Bedingungen zu beschaffen, damit sie ihre Mitarbeitenden beschäftigen können. Damit alle im Betrieb einen angemessenen Lohn verdienen können und der Arbeitgeber und Unternehmer noch Rückstellungen für den Kauf von Maschinen, Werkzeugen usw. machen kann. Dass das Auftragsvolumen von verschiedenen Faktoren wie Währungen, Lohnniveau der Firmenstandorte, Rohstoffpreisen usw. abhängig ist, macht die Sache für die Unternehmer nicht ein-

Kolumne



Peter Flück ist Unternehmer und FDP-Grossrat und wohnt in Interlaken.

Job-Angst in der
Schweiz?

facher – eines aber ist klar: Betroffen von schwierigen Zeiten sind immer Arbeitnehmende und Arbeitgebende.

Was kann der Wirtschaftsminister denn tun, um Einfluss zu nehmen? Er kann weder die Währungen noch den Wechselkurs noch das Lohnniveau noch die Effizienz in den Betrieben beeinflussen. Er kann keine Betriebe aufkaufen, die an einen ausländischen Investor verkauft werden sollen, er kann keinen Druck auf private Unternehmungen ausüben, die ihre Firma aus was für Gründen auch immer verkaufen wollen oder müssen. Zum Glück kann er das nicht! Wir wollen doch gar nicht, dass sich der Staat auf diese Weise in die Wirtschaft einmischet. Erfahrungen in Staaten, die genau das versuchten, die beispielsweise Produktionsmengen staatlich begrenzen wollten, sind alles andere als eine Erfolgsgeschichte, unser Nachbar Frankreich zeigt es deutlich.

Und was kann der Wirtschaftsminister denn machen gegen den Verlust von Arbeitsplätzen oder den Verkauf von Firmen? Was soll er denn tun? Er steht für die gesetzlichen Rahmenbedingungen, nicht für den einzelnen Betrieb! Genau deshalb setzt er sich vehement ein für den bilateralen Weg, die Firmen sollen inter-

nationale Partnerschaften eingehen können. Bereits 2013 schloss der Wirtschaftsminister ein umfassendes bilaterales Freihandelsabkommen mit China ab. So wird Schweizer Firmen der Marktzugang in die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt wesentlich erleichtert – eine Leistung, die nicht hoch genug eingestuft werden kann. Er hat aber auch Kurzfristiges versucht: Die Bezugsdauer für die Kurzarbeitsentschädigung wurde ausgebaut, die Innovationsförderung für KMU um 20 Millionen Franken aufgestockt. Gute Rahmenbedingungen für Unternehmungen wurden gesetzt!

Bundesrat Johann Schneider-Ammann ist kein Verwalter. Er unternimmt etwas und stellt damit auch als Wirtschaftsminister unter Beweis, dass er in seinem Herzen Unternehmer geblieben ist und alles daran setzt, um die teilweise wohl leider unumgängliche Reduktion an Arbeitsplätzen abzufedern. Ohne direkten staatlichen Einfluss auf die Unternehmungen. Als Unternehmer unterstütze ich diesen Weg, das erspart uns den Scherbenhaufen wie ihn andere Länder produzieren – zum Wohle von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden.

E-Mail: peter.flueck@bluewin.ch
redaktion-bo@bom.ch

Leserbriefe

Diverse Ausgaben

Zur Durchsetzungsinitiative
«Hochachtung ginge
verloren»

Das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative umgesetzt; das Referendum wurde nicht ergriffen. Die SVP-Position mit einer Initiative durchsetzen zu wollen, ist ein Missbrauch unseres demokratischen Systems.

Die Initiative hebt die demokratisch-rechtsstaatlichen Mechanismen der Gewaltenteilung aus. Zudem verstösst die Initiative gegen die Erklärung der Menschenrechte und verletzt das Völkerrecht. Plötzlich wären zwei Millionen Menschen nur noch Bürger zweiter Klasse.

Wird die Durchsetzungsinitiative angenommen, wird die Schweiz nicht mehr die Schweiz

sein, wie sie es einmal war. Der weltweite Respekt und die Hochachtung vor unserem Rechtsstaat gingen endgültig verloren. Ich kann nicht glauben, dass unser Land das will.

Peter Burkhalter, Leissigen

«Rechtsstaat
Schweiz stärken»

Verhältnismässigkeit: das Wort des Jahres 2016 erkoren und zementiert durch Staatsrechtler, Richter, Professoren, Medien, Wirtschaftsvertreter, Gewerkschaften und zu guter Letzt die sogenannten namhaften Persönlichkeiten, die im Kampf gegen die Durchsetzungsinitiative gesetzgeberisch herumkauen.

Szenenwechsel. Köln, Silvesternacht 2016: Ein Mob von Nordafrikanern macht Jagd nach

Frauen, um seine Gelüste zu stillen. Die Stellungnahme der Polizei: Die Beteiligten gehören zu einem Netzwerk. Morgens beginnen sie Autoaufbrüche, mittags verkaufen sie Drogen und abends seien sie zum Taschendiebstahl in der Innenstadt unterwegs.

Stadt Thun, vergangene Woche: Drei Schwarzafrikaner (Sierra Leone, Senegal, Tschad)

Zitat des Tages

«Täter haben
keinerlei Respekt
vor der Justiz.»

Thomas Klossner, Latterbach

widersetzen sich einer alltäglichen Kontrolle der Polizei mit Händen und Füssen.

Tötungsdelikte sowie Einbruchsdiebstahl sind tagtäglich in den Zeitungen zu lesen. Täter haben keinerlei Respekt mehr vor der Justiz oder dem Strafgesetzbuch in der Schweiz, aber auch in ganz Europa. Derweil laufen unsere Gefängnisse über mit einem Ausländeranteil von 70 Prozent. Die Völkerwanderung der Wirtschaftsflüchtlinge inklusive Familiennachzug wird keineswegs erschaffen, da die Anschauungsbeispiele mit Besänftigungspolitik und Halbwahrheiten beiseitegewischt werden. Gewisse Tatsachen und Missstände kann man gegenüber der Bevölkerung mit moralistischen Belehrungen nicht umpolen. Mit einem klaren Ja zur Durchset-

zungsinitiative, stärken wir den Rechtsstaat Schweiz und setzen ein Zeichen für ganz Europa im Sumpf der Staatsmoralisten und ihrem funktionsuntauglichen Gefilde. Oder wie Goethes Zauberlehrling: Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht mehr los.

Thomas Klossner, Latterbach

Ausgabe vom 18. Februar

Zu «Hier läuft viel für die
Flüchtlinge»«Davon träumen
Altersheime»

In Bremgarten kommen auf hundert Flüchtlinge hundert freiwillige Helfer. Von solchen Quoten können Altersheime nur träumen. Aber eben, mit alten Menschen kommt man nicht dauernd in der Presse.

Margrit Kühni, Bremgarten